

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Aussprache über den Vorstandsbericht.

Äußerungen und Kritiken.

Heidelberg, 15. September. (Eig. Drahtbericht.)

Der Eindruck der heute begonnenen Debatte über den Vorstandsbericht wird sehr stark dadurch beeinflusst, daß zunächst eine große Reihe von Rednern der Opposition aufmarschiert, vor allem die Frankfurter und die Sachsen, von denen mehrere hintereinander das Wort ergreifen.

In allen Reden spielt das Verhältnis der Partei zum Staate und innerhalb des Staates eine Rolle. Die Oppositionellen sind zumeist der Meinung, daß die Entwicklung der bürgerlichen Parteien unverkennbar dahin führe, daß die Sozialdemokratie isoliert und deshalb naturgemäß in die Opposition gedrängt würde, was mit aller Kraft vermieden werden müsse, und von der anderen Seite auf die Notwendigkeit verwiesen wird, die Politik im Staate auf jede Art zu beeinflussen, nicht nur in der Opposition. Sympathisch berühren die warnherzigen Ausführungen des Frankfurter Soziologen Genossen Erik Böling, der eine Lanze für das Recht der Jugend einlegt, mit den Problemen des Sozialismus zu ringen und für pulserendes Leben innerhalb der Partei zu sorgen. In dieser Forderung liegt zweifellos so viel Berechtigtes, daß sie nicht einmal gestellt werden braucht. Aber das Recht der Jugend zum stürmischen Vormarschdrängen und zum Ringen mit Problemen ist nicht nur auf die Frankfurter beschränkt. Das Recht zum Ringen und zur Kritik ist nicht auf irgendein Gebiet oder auf irgendeine Gruppe beschränkt. Es kommt darauf an, die Tatsachen zu erkennen und zu verstehen und zu lernen, den alten Genossen mit dem Vertrauen gegenüberzutreten, das ihrer Arbeit und ihrer Verantwortung gebührt.

In einer klaren und eindringlichen Rede hat Genosse Scheidemann gezeigt, daß und wie man scharfe Kritik mit kameradschaftlichem Ton verbinden kann, falls der gute Wille dazu vorhanden ist. Was Scheidemann über die ganze Politik der Partei sagte, wird von allen Seiten Beachtung finden.

Leider blieb die Debatte nicht immer auf der gleichen Höhe. Besonders als einige Redner auf den Fall Bar mat zu sprechen kamen, gab das Anlaß zu lebhaftem Widerspruch und allseitiger Erregung.

Heidelberg, 15. September. (Eigener Drahtbericht.)

Genosse Raier-Heidelberg eröffnet die Dienstagtagung mit einem herzlichem Glückwunsch für den Genossen Wels, der heute seinen 52. Geburtstag feiert. Der Parteitag schließt sich mit lebhaftem Beifall diesem Glückwunsch an. Nach Verlesung eines Begrüßungsgrammes der ausländischen Delegation der russischen Sozialrevolutionäre wird in die allgemeine Debatte über die Geschäftsberichte eingetreten.

Drohwith-Frankfurt vertritt zunächst einige Anträge aus Frankfurt, die die Wahl der Delegierten zur Internationale durch Urwahl in jedem Bezirk und die Zugehörigkeit jedes sozialdemokratischen Beamten zu einer freien Gewerkschaft fordern und geht dann auf die Vorwürfe Stellungen gegenüber Frankfurt ein. Auch wir in Frankfurt sind uns darüber klar, daß der Aufgabenkreis der sozialdemokratischen Funktionäre jetzt ein ganz anderer und viel größerer ist als vor dem Kriege, denn es gilt natürlich nicht nur mehr zu kritisieren, sondern eine neue Gesellschaft aufzubauen. Den Parteivorstand lade ich ein, sich einmal in Frankfurt anzusehen, welche wertvolle Arbeit dort geleistet wird, nicht nur organisatorisch, sondern auch, was kameradschaftliche Treue zur Gesamtpartei, was wirkliches sozialistisches Weltentum betrifft. Die Frankfurter Parteigenossen sind die treuesten Söhne der deutschen Sozialdemokratie. (Heiterkeit.) Wir werden uns durch den Widerspruch, den wir hier finden, nicht irremachen lassen in der Gemeinschaftsarbeit, und ich bin überzeugt, daß wir in Zukunft auch unsere zum Teil sehr wertvollen Anträge (Nachen) durchsetzen werden.

Loeb-Frankfurt: Ein Teil des Parteitages hat gesagt, als mein Korredner von wertvollen Anträgen Frankfurts sprach. Auch in Götting hat ein Teil des Parteitages einen Antrag Frankfurt mit Gelächter aufgenommen, der die finanzielle Sanierung Deutschlands betraf und die Finanzsachverständigen der ganzen Welt für sich hatte. Die Sanierung ist auch nachher im Sinne dieses Antrages vor sich gegangen. Wir werden alljährlich vom Parteivorstand nicht allzu lebenswürdig behandelt, aber die Rede Stellungen uns gegenüber war der Gipfel an Unkameradschaftlichkeit und Allegorität. Anstatt über einen Votationsantrag von Frankfurt, wie den in bezug auf die Zusammensetzung des Parteivorstandes, zehn Minuten lang hier zu reden, sollte der Parteivorstand einmal nach Frankfurt kommen und sich mit den seiner Meinung nach irreführenden oder trunken Kindern in Frankfurt zusammensetzen. Damit wäre für das kameradschaftliche Zusammenarbeiten in der Partei mehr geleistet, als wenn man die Frankfurter jedes Jahr vor den Kopf stoßt. (Zuruf: Ihr stoßt vor den Kopf!) Nein, aber wir können den Antrag eines rein proletarischen Bezirks nicht abwürgen, das wäre undemokratisch. Auch unsere Entschließung auf Wiederaufnahme der alten, fiegewohnten Taktik sollte man nicht aus dem Richtungsgefühl, sondern mit Verantwortungsgefühl ansehen. Opposition ist manchmal ein verantwortlicheres Amt als die Mitläufererei. Diese Entschließung Frankfurts ist geboren aus dem Verantwortungsgefühl für den Sozialismus, für die rote Fahne innerster Linie, während die schwarzrotgoldene Fahne für uns erst in zweiter Linie kommen darf. (Bravo! bei einem Teil der Delegierten.)

Heißner-Dresden: Leider ist es unmöglich, zur Sachsenfrage noch zu sprechen. Aber was Böhme über mich persönlich gesagt hat, ist teils übertrieben, teils un wahr. (Glocke des Präsidenten.) Wir stehen vor der außerordentlich wichtigen Tatsache, daß die

Sozialdemokratische Partei 100.000 Mitglieder eingegliedert hat. Der Vorstandsbericht gibt darüber nicht ein Wort der Erklärung, aber es hat keinen Zweck, Vogel-Strauß-Politik zu treiben. Wir sind der Überzeugung, daß der Gedanke der großen Volksgemeinschaft weit Kreise der Arbeiter sehr bedenklich gemacht hat und daß entschieden und energisch mit dieser Illusion aufgeräumt werden muß. Warum verbreitet der „PresseDienst“ den Irrtum, daß Birth gestagt hat, er will doch damit nur die Massen erwecken, als ob das Zentrum mit seiner Politik uns näher kommt. Aber tatsächlich hat das Zentrum nicht nur die Zoll- und Steuerpolitik gemacht, sondern sich auch in der Sozialpolitik durch aus reaktionär gezeigt. Zwischen uns und dem Zentrum besteht keinerlei Interessengemeinschaft. Selbst die Republik erscheint uns in ganz anderem Lichte als dem Zentrum. Das Ziel unserer sozialistischen Politik ist es, das uns von allen bürgerlichen Parteien trennt und auf die Arbeitermassen hinweist. Wie schon vor dem Kriege bei der ersten Reichspräsidentenwahl und wie groß die Verwirrung beim zweiten Wahlgang. Wir müssen unsere Taktik und Politik auf das Proletariat einstellen. Wir brauchen Masse, wenn wir Macht erringen wollen, und wir brauchen Macht, wenn wir unser Ziel erreichen wollen, gegen die gesamte bürgerliche Gesellschaft. (Beifall.)

Künster-Berlin: Die sächsischen Genossen haben Berlin zum Vergleich herangezogen. Gewiß, die Parteiverhältnisse in Berlin waren schlecht. Aber dank der eifrigen Mitarbeit aller Genossen sind wir wieder auf dem besten Wege, die alte Position zurückzuerobieren. Das haben die letzten Wahlen gezeigt. Und am 25. Oktober werden wir für die Partei neue Ehre einlegen. Im übrigen hat Götting keine Lokalpresse. Und wenn Sie uns Berlinern mehr Einfluß auf das Zentralorgan geben würden, würden wir sehr dankbar sein. Die Wunden, die die Inflation den Arbeitern geschlagen hat, heilen aus. Die politischen Inflationselemente, Böllische und Kommunisten, sinken immer mehr zu der Bedeutungslosigkeit des Apfelsins herab. Wenn wir an der Partei Kritik üben, tun wir es nicht aus Freude am Streit, sondern in der Absicht, zu bessern. Im Gegensatz zum Parteivorstand bebauern wir noch heute, daß im zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl die Sozialdemokratie vor Zentrum und Demokraten kapituliert hat. Die großen Redenden, die wir gegen die Kandidatur Marx hatten, sind durch die Politik des Zentrums im letzten Halbjahr fast beseitigt worden. Wir hätten dem Zentrum und den Demokraten die Verantwortung zugeschoben müssen, ob sie Braun wählen wollen oder nicht. Das Zentrum kann bei seiner Einstellung gar keine republikanische Partei sein. Die Politik des Zentrums liegt weder im Interesse der Republik, noch in dem der Arbeiter. Wenn in der Republik Arbeiterfeindschaft herrscht, müssen die Arbeiter dagegen ebenso stark ankämpfen wie gegen das Deutsche Kaiserreich. Wer versucht, mit dem Zentrum zu regieren, wird daran genau so scheitern wie bei dem Versuch mit den Kommunisten. Wir müssen auch nach rechts klar und deutlich die Grenzen ziehen. (Beifall.) Redner bittet, die Entscheidung über die Annahme von Aufsichtsratsposten nicht den Fraktionen zu überlassen, sondern dem zuständigen Bezirksverband und dem Parteivorstand.

Pöbel-Frankfurt a. O. befürwortet einen Antrag auf Einrichtung eines Sekretariats für Agrarpolitik, Herausgabe einer periodischen Zeitschrift für Bodenrecht und Bodenkultur und einer Agrarkorrespondenz für die Tagespresse. Seit 1865 beschäftigen wir uns nun mit dem Agrarproblem. Unter Leitmotiv in der praktischen Politik war immer der Schutz der kleinen in der Landwirtschaft, Schutz der bäuerlichen Wirtschaft und Förderung der Siedlungsstätigkeit. (Bravo.)

Niehmann-Leipzig: Durch die Zoll- und Steuertämpfe sind wir in eine verhältnismäßig günstige Situation gekommen. Aber die bisherige Gesamtpolitik der Partei hat nicht der Einlösung der großen Masse der proletarischen Mitglieder entsprochen. Die Stellung der Partei war von dem Volksgemeinschaftsgedanken, nicht von den Interessen der Arbeiter getragen. Das Endergebnis war die Hindenburgwahl. Und selbst wenn Marx gewählt worden wäre, wäre die Kamage nach viel größer gewesen. Der Bar mat- Skandal ist hier sehr geschickt behandelt worden, indem man einmal mit Recht das ganze als bürgerliche Hege gegen die Sozialdemokratie und den sozialistischen Reichspräsidenten hingestellt hat. Aber das ist nicht alles. Tatsache ist, daß eine Reihe sozialdemokratischer Führer nicht die notwendige Distanz erhalten haben zu einem Mann, der es in kurzer Zeit vom Lohnschreiber zum vielschönen Millionär gebracht hat. Den Fall Bauer, Wels, Heilmann haben die Bürgerlichen nicht gemacht, sondern nur gegen uns ausgenutzt. Früher wären solche Führer im Augenblick erledigt gewesen. Das selbstverständliche Gefühl für die reine Weste, die wir vom einfachen Parteigenossen verlangen, darf auch in den höheren Regionen nicht fehlen. (Beifall.) Der Redner befürwortet weiter einen Antrag, daß die Unlage von den Parteigebühren für den Parteivorstand nicht nach ihrem Umfang, sondern nach ihrem Reingewinn erhoben werden solle. Das liegt im Interesse der Selbstständigkeit der Parteigebühren.

Adolf Hoffmann, mit Beifall empfangen: Die Arbeit in Berlin ist besonders schwierig, weil Berlin immer neue unausgeklärte Massen aufnimmt und aufgefällte abstößt. Es hat keinen Zweck, Bergangenes aufzurühren, sondern es kommt darauf an, die Zukunft im Auge zu behalten und insbesondere unsere Stellung zu den Bürgerlichen. Wir stehen am Wendepunkt unserer Politik, das hat auch Wels in seiner Rede bei der Verabschiedung des Volksgesetzes ausgesprochen. Auf die Wäre Birth setzen viele Genossen große Hoffnungen. Das ist eine Unterschätzung der Gerissenheit der Zentrumspolitiker. Das Zentrum ist zweifellos im Hinblick auf das kommende Reichshausgesetz jetzt mit den Bürgerlichen statt mit den Sozialdemokraten in die Regierung gegangen. (Sehr wahr.) Leider stehen unsere Genossen gerade den Schul- und Elterntagen zu gleichgültig gegenüber. (Lebhafte Zustimmung.) Die Frage der Erhaltung der Republik und der errungenen Freiheiten ist eine Erziehungsfrage. Wenn es uns nicht gelingt, die Lehrer und die junge Generation für uns zu gewinnen, werden wir diese Errungenschaften nicht halten können. (Beifall.) Wir sind nach dem berühmten Wort: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft.“ Beachten wir den alten Standpunkt des Klassenkampfes. (Lebhafte Beifall.) (Schluß des Berichts auf der 2. Seite.)

Margerie bei Stresemann.

Uebersetzung der Einladung.

Heute mittag 12 Uhr hat der französische Botschafter de Margerie dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann das angekündigte Memorandum übergeben. Es wird Donnerstag früh veröffentlicht werden. In dem ganz kurzen Schriftstück wird lediglich festgestellt, daß nach der Auffassung der alliierten Regierungen, entsprechend ihrer früheren Äußerung, es wünschenswert erscheint, nunmehr eine Ministerkonferenz stattfinden zu lassen. Ein Ort für die Tagung wird nicht genannt. Hinsichtlich des Zeitpunktes erachten die Alliierten die Zeit gegen Ende September, Anfang Oktober für geeignet, schlagen das vor und erwarten eine Antwort der deutschen Regierung.

Der englische Geschäftsträger Addison ist gegen 11 Uhr beim Außenminister Stresemann in der gleichen Angelegenheit erschienen. Die Antwort der deutschen Regierung wird erst nach der Sachkenntnis, die auf kommenden Montag einberufen ist, gegeben werden können.

Der Ausdruck „Ministerkonferenz“ scheint die Teilnahme von Ministern jeglicher Art zuzulassen, es dürfte also nichts im Wege stehen, daß Herr Schiele den Sicherheitspakt mit ausmacht.

In der „Deutschen Zig.“ vom Montag abend versucht der Reichstagsabgeordnete Freitag-Loringhoven nicht nur seinen Fraktionskollegen Schiele, sondern auch den Reichsführer Luther davon abzuhalten, an einer Konferenz teilzunehmen. Das sei nur ein neuer „fetter Köder, auf den leider sehr viele anbeißen werden“. Der altsächsische Parlamentarier sieht vielmehr auf dem Standpunkt, daß nicht die Frage aktuell sei, wen wir zu der Konferenz entsenden, sondern ob wir diese Konferenz überhaupt beschiden sollen. Und nach seiner Auffassung wird der Bericht von Gaus schon ergeben, daß der englisch-französische Pakt unvorzählbar ist und daß wir die Einladungen zur Konferenz überhaupt ablehnen müssen. Diese These entwickelt er unter dem bei ihm üblichen Verleumdungen der deutschen Linkspresse und mit heftigen Angriffen auf Stresemann.

Inwiefern die Deutschnationalen hinter Freitag-Loringhoven stehen, läßt sich schwer beurteilen. Das ist ja auch der Grund, weshalb wir die Forderung nach Klarheit erhoben haben. Auf der anderen Seite bemüht sich der volksparteiliche Außenminister eifrig denn je, die rebellierenden Deutschnationalen bei der Stange zu halten. In einem offenbar von Stresemann selbst inspirierten und durch WTB verbreiteten Artikel des „Hamburger Fremdenblattes“ wird den Deutschnationalen lebhaft zugeredet, ihre teils verfechtete, teils offene Opposition gegen den Sicherheitspakt aufzugeben. Es wird darin auf die Tatsache hingewiesen, daß das Stresemannsche Paktangebot doch letzten Endes auf das Gausche Angebot von 1923 zurückzuführen sei, für das der damalige Führer der Deutschnationalen, Dr. Helfferich, die indirekte Verantwortung übernommen habe, indem er bis zuletzt der Regierung Cuno-Rosenberg das Vertrauen — besonders hinsichtlich ihrer Außenpolitik — ausgesprochen habe.

Richtig ist, daß Helfferich der einflussreichste Berater des damaligen Reichskabinetts gewesen ist, vor allem der Außenminister v. Rosenbergs unglückseligen Angebendens stand völlig unter seinem Einfluß.

Der Schachzug, mit dem Stresemann die Verantwortung für das Paktangebot den Deutschnationalen zugeschoben will, ist nicht ungeschickt, und dieses Argument entbehrt nicht einer gewissen Berechtigung. Man hofft durch diese Berufung auf den in deutschnationalen Kreisen verehrten Dr. Helfferich den Deutschnationalen den Umsatz zu erleichtern.

Des weiteren wird in dem Artikel hervorgehoben, daß der Bericht von Gaus darüber Sicherheit schaffen würde, ob im Falle einer flagranten Friedensverletzung durch Frankreich England und vielleicht auch Italien mit ihrer Heeresmacht als Garantien Deutschland zur Seite stehen würden. Diese Andeutung läßt darauf schließen, daß bei den Londoner Durstendelgesprächen diese Frage in bejahendem Sinne beantwortet worden ist.

Der Aufsatz bespricht sodann die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, die man nicht nach Gefühlsmomenten beurteilen dürfe, „denn sonst müssen wir diplomatische Beziehungen zur halben Welt ablehnen, weil unser Gefühl von den Mächten der halben Welt aus starkste beleidigt worden ist“. Auch das ist richtig, nur mit der Einschränkung, daß die Leute um Freitag-Loringhoven die Beziehungen nicht zur Hälfte, sondern zur Gesamtheit der Welt ablehnen müßten, denn die gesamte Welt beträchtet ja die Altsächsischen als komplette Narren. Sodann fährt der Artikel fort:

Nur in einem Punkte wird unbedingt unserem Gefühl Rechnung getragen werden müssen: daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund unmöglich eine Anerkennung der moralischen Schuld Deutschlands am Weltkrieg in sich schließen darf und daß die Anerkennung des Artikels 11 mit den heutigen Grenzen nur erträglich ist durch die Ergänzung mit dem Artikel 19, der die Revisionsmöglichkeiten für die Grenzen in sich schließt. Was aber den Einwand unseres Verhältnisses zu Rußland anbetrifft, so widerspricht es vollkommen den Tatsachen, daß unser Eintritt gegen Rußland gerichtet sei. Für den Anstoß an den Völkerbund spricht aber wiederum die Erwägung, in ganz anderer Weise für die deutschen Minderheiten eintreten zu können, als wenn wir außerhalb des Völkerbundes bleiben, wozu uns die Weltöffentlichkeit im Völkerbundsrat trotz der zu unseren ungunsten erfolgten Änderung anderer Satzungsbestimmungen die Möglichkeit gibt.

Selbstverständlich dürfen die Sagen des Völkerbundes in Hauptfragen nicht zu Ungunsten Deutschlands geändert und die Einstimmigkeit des Völkerbundes für seine Beschlüsse nicht beseitigt werden. Alles in allem würde der Eintritt in den Völkerbund Deutschland mehr Vorteile als Nachteile verschaffen und seiner aktiven Außenpolitik keineswegs mehr Fesseln angelegt werden, als bei der heutigen Bedrohung Deutschlands durch die Entente, die ihm kaum einen freien Schritt möglich macht.

Dazu wäre folgendes zu bemerken: Die Forderung, daß Deutschlands Eintritt in den Völkerbund mit einer Anerkennung der moralischen Schuld Deutschlands am Weltkriege, sei es direkt oder indirekt, verbunden sein müßte, hat lediglich in der Phantasie Dr. Stresemanns bestanden, der vor Jahresfrist die Behauptung verbreiten ließ, daß man ein solches Bekenntnis von Deutschland verlangen würde. Ebenso wie damals läßt er heute gegen etwas polemisieren, was gar nicht besteht. Vielleicht will er es nachträglich als einen besonderen Erfolg seiner Außenpolitik hinstellen, daß er diese angeblich beabsichtigte Demütigung abgewehrt habe. Wir wollen ihm das Vergnügen gönnen, wenn er damit den Deutschnationalen den Beitritt zum Völkerbund schmählicher zu machen vermag, aber im Interesse der historischen Wahrheit müssen wir den Tatbestand hiermit richtigstellen. Wenn ferner in dem Artikel gesagt wird, daß Deutschland innerhalb des Völkerbundes die Interessen der deutschen Minderheiten außerhalb der Reichsgrenzen viel wirksamer vertreten könnte als außerhalb des Bundes, so können wir dieses Argument nur unterstreichen. Bedauerlich ist es allerdings, daß die leitenden Stellen erst jetzt zu dieser Erkenntnis gelangt sind, während gerade dieses Argument, als es schon vor Jahren von der Sozialdemokratie zugunsten eines Eintritts Deutschlands in den Völkerbund angeführt wurde, keine Beachtung fand. Noch jetzt müssen unsere Volksgenossen aus dem Saargebiet von einem Völkerbundratsmitglied zum andern wandern, um Verständnis für ihre Lage zu wecken, weil in Genf keine offizielle deutsche Vertretung vorhanden ist! Auch die Opfianenaustreibung wäre unmöglich gewesen, wenn Deutschland im Völkerbund gefesselt hätte.

Im übrigen kommt es uns lediglich darauf an, daß Deutschland, wenn auch reichlich spät, die richtige Außenpolitik mache, die wir bereits seit langer Zeit empfohlen haben. Wir unterstreichen die Erklärung des „Hamburger Fremdenblattes“ bzw. seines Inspirators, daß „zunächst mündliche Verhandlungen notwendig sind“. Auch wir erblicken in der geplanten Vorkonferenz die logische und notwendige Fortsetzung der Londoner Reparationskonferenz und sehen, genau wie der Artikelschreiber, in der wirtschaftlichen Verständigung der großen Industrienationen Europas den logischen, übernächsten Schritt. Wir hoffen, daß es Herrn Stresemann gelingen wird, seine Koalitionsfreunde von der Deutschnationalen Partei zu all diesen vernünftigen Ermäßigungen zu befehlen. Indessen hat die Rechtspresse von dem extra für sie bestimmten Aufsatz des „Hamburger Fremdenblattes“ vorsichtshalber gar keine Notiz genommen.

Die Debatte in Heidelberg.

(Schluß des Berichts von der 1. Seite.)

Nötigst-Frankfurt a. M.: Die Frankfurter Richtung markiert hier so vollständig auf, nicht aus Unbehelligkeit und Rechthaberkeit, sondern in notwendiger Abwehr. Man hat uns verhöhnt. Wir wissen, daß wir auf verlorenem Posten stehen. Aber vor der Weisheit werden wir vielleicht Recht behalten. Wir müssen von den Seelen reden und den psychologischen Hintergründen, aus denen die Anträge entstanden. Mit „Abredungen“ schafft man die Frankfurter Richtung nicht aus der Welt. Der Antrag 209 gegen den Parteivorstand war keine Stänkerlei, sondern ein Warnungssignal, der Ausdruck der Sorge, daß in dem großen Parteikörper die Luchsfüllung verlorengehen könnte. Wir meinen gar nicht die geehrten Genossen des Parteivorstandes, wir meinen nicht diesen Vorstand, sondern jeden Vorstand. Wir fürchten überall in der Partei die Abschließungstendenz des Führertums. Wir fürchten

die Methoden des Kompagnieerziersens, bei dem bloß niemand auf-fallen soll. Wir erkennen und schätzen die realen Notwendigkeiten der Disziplin, aber wir müssen uns entspannen und ausbalancieren. Jedes Regieren macht Konseratio und führt zur Ueberfäschung der Organisation und zur Unterschätzung des lebendigen Willens. Wir wollen den Vorstand als lebendige Krönung der Partei und nicht als bloßes Paragrapheninstitut. Wir wollen uns freundschaftlich und natürlich von Mensch zu Mensch aussprechen. Auch in den Worten über die Jugendbewegung habe ich viel Selbstbewußtsein und Dünkel des Alters empfunden. Die Jungsozialisten müssen gewiß noch viel Wozu verdauern, ehe der gute Wein kommt. Aber sie haben schon heute drei große historische Verdienste: Sie haben den problematisch grübelnden Menschen wieder geschaffen, dessen Sinn und Geist ganz erfüllt ist vom Umdenken der sozialistischen Gedanken, und ich beneide die Satten nicht, denen nicht die Probleme bis über die Ohren gehen. Sie aber haben die ökonomischen Probleme des Sozialismus klar herausgearbeitet, und sie haben ein Stück Sozialismus in die praktische Lebenswirklichkeit überführt, was wir Alten alle nicht geleistet haben. Wir haben alle in uns noch zuviel vom verdrehten und verlebten Bürgertum. (Bravo!) Es besteht vielleicht ein innerer Grund, Frankfurter Opposition und Jugendbewegung in einem Atem zu behandeln. Wir sind die heilige Urkunde, die jeder Parteikörper braucht, damit er nicht fett ansetzt. Opposition und Jugend haben eine historisch wichtige Funktion in jedem Parteikörper, und wehe der Parteileitung, die nur noch lacht und spottet, wenn Jugend und Opposition sich regen.

Edel-Dresden: Der Bericht des Parteivorstandes und die Rede von Weis am Sonntag haben uns enttäuscht. Gäbe es nicht die Frankfurter und sächsischen Genossen, so müßten wir in den Reden des Parteivorstandes nach Gedanken suchen. Es ist unrichtig, daß man Sachsen nur beispielgebend nennt im Sinne der Abschreckung. Wir sind beispielgebend dafür, daß wir das alte Vertrauensverhältnis zur Parteileitung, das einigende Band für die Mittelstufe und die Führung wieder herstellen wollen. Abschreckend ist Sachsen insofern, als es zeigt, wie ein Parteivorstand nicht handeln darf. Wissen wir doch jetzt, daß der Parteivorstand hinter dem Rücken der Organisation die Politik der großen Koalition, die Politik der Tollheit, empfohlen hat. (Vorherrschender Raier: Das gehört in die Sachlenkommission.) Unsere Zolldemonstrationen im letzten Halbjahr hätten nicht mehr den alten Plan. Notwendig tritt das Organisationsproblem in den Vordergrund. Wir haben an 150 000 Parteimitglieder weniger als 1913. In Oesterreich haben die Inflationen diese organisatorischen Auswirkungen nicht erzeugt, diese sind vielmehr eine Folge der Politik der Raschgiebigkeit und der Kompromisse, die wir so oft getadelt haben, und die um keinen Preis wieder betrieben werden darf. Die organisatorische Form ist maßgebend für unsere künftigen Erfolge. Daß der Parteivorstand alles Unangenehme wegwäscht und den Hauptwert auf die Regie legt, ist nicht richtig. Die Barmatdebe war nicht einfach eine bürgerliche Rationierung. Jedenfalls ist es bedauerlich, wenn Parteigenossen der bürgerlichen und kommunistischen Agitation Handhaben bieten. Die Solidarität ist auch im Falle Zeigner wenig in die Erscheinung getreten. War es billig, dem Mann, der unschuldig im Gefängnis lag, der jedenfalls unschuldiger war als mancher Redakteur in Freiheit, noch nachträglich von Partei wegen den Prozeß zu machen? Gleiches Recht für alle in der Partei, wie wir gleiches Recht im Staate fordern. So schaffen wir für den nächsten Parteitag 100 000 Mitglieder mehr.

Scheidemann-Kassel (mit lebhaftem Beifall empfangen): Klagen und Anträge erscheinen mir berechtigt, sowie sie erhoben werden gegen die Zustände in der Republik, unberechtigt gegenüber dem Parteivorstand. Die Frankfurter Anträge — nur dies eine Wort dazu — machen den alten Genossen wenig Ehre und die jungen schreit man damit ab. (Sehr wahr.) Für die Gewinnung weitester Massen ist das der verkehrteste Weg. Will man Ausreden haben, so muß man erst wissen was ist, muß sehen und erlebt haben. (Sehr gut!) Wie sieht es nun in der Republik aus? Die Zustände in der Reichswehr werden von Tag zu Tag unerträglich. In Häusern, in denen Reichswehr liegt, dürfen Privatpersonen nicht einmal an Versammlungstage die Schwarzrotgoldene Fahne hissen. Der Demokrat Gehler bittet das und holt die größtenteils vom allergnädigsten Herrn und Kaiser selbst erkundenen Uniformen wieder hervor.

Für die Schulen war es schon eine freudige Ueberraschung, als der Preussische Landtag mit Hilfe des Zentrums den Beschluß an-nahm, daß die Schüler am Versammlungstage eine schwarz-rot-goldene Schleife tragen dürfen. Für die Rechtspflege braucht man weder Auge noch Ohr, nur die Nase. Sie stinkt zum Himmel. Die Ebert-Prozesse, die Rennbootunter-nehmen auf dem Wanne und die Flugzeugtoden in

der Barmatoffäre waren beispiellos in der ganzen Welt. Die Art, wie man Höhle zu Lode gehetzt hat, läßt die offene Brutalität der Erzberger- und Rathenauordner beinahe milde erscheinen. Selbst vor den Toten macht die Gemeinheit nicht halt. Man hat in einer Versammlungsrede erklärt, Ebert sei gar nicht gestorben, sondern wegen der bevorstehenden Verfassung auf Grund Landesverrats und Lebensmittelschleungen in die Schweiz geflüchtet. (Pfeife und Bewegung.) Der Parteivorstand sollte alle diese gleich gemeinen und niederträchtigen Verleumdungen totor und lebender Parteigenossen sammeln, damit man jeden Tag den Verleumdern mit ihren Niederträchtigkeiten aufs Maul schlagen kann. (Sehr gut.) Je größer der Haß und die Niederträchtigkeit gegen unsere führenden Parteigenossen ist, um so größere Liebe sollten die eigenen Parteigenossen ihnen entgegenbringen. Bei den jetzigen Taten der Justiz handelt es sich nicht lediglich um die Auswüchse der Klassenjustiz, sondern um persönlich gehäßige, poli-tisch fanatische Richter, die Recht und Unrecht nicht mehr unterscheiden wollen und können.

Nehmen Sie dazu die schönen Prozesse um das „Feurige Kreuz“, so haben wir in wenigen Sägen den Horizont abgeleuchtet. Die Politik des Zentrums in dieser Zeit haben wir alle be-tämpft und beklagt. Aber ist nicht Witz ausgebreitet, weil er die Verantwortung nicht tragen wollte, ist nicht der Reichspräsident Dr. Spieler offen und ehrlich für Klarheit und Fortschritt ein-getreten? Da dürfen wir doch nicht so reden, daß sie die Geschäfte der Reaktionen im Zentrum besorgen. Dr. Spieler ebenso wie der deutschnationale Professor Dr. Bratt haben offen aus-gesprochen, man könne der Sozialdemokratie danken, daß sie 1918 Deutschland gerettet habe. (Die Redezeit ist abgelaufen. Der über-nächste Redner Bronemann verzichtet zugunsten Scheidemanns aufs Wort. Beifall.) Ueber Probleme der Taktik kann man natürlich verschiedener Meinung sein, aber Politik ohne Kom-promisse gibt es nicht. Was bedeutet ein Kompromiß? Jede Resolu-tion und jede Kommission bedeutet ein Kompromiß, und jeder Parteivorstand muß sie auch schließen. Bei der Reichspräsidenten-wahl hat uns der Parteivorstand nicht einmal eine einheitliche Taktik vorschlagen können. Aber wir waren doch in einer Zwangslage und litten unter den Folgen erst überstandener Spaltungen.

Die Klagen über das Abgehen vom Klassenkampf sind wirklich alle Kamellen. (Zustimmung.)

Die Rolle kenne ich seit 40 Jahren. Wir führen den Klassenkampf heute in neuen Formen, aber nach meiner Ueberzeugung kräftiger als je. Schablonenmäßig können wir die alten Agitationsfor-men nicht anwenden. Unsere Stellung ist doch ganz anders geworden. Es ist die Alternative gestellt worden: Demokratische Staatspolitik oder sozialdemokratische Arbeiterpolitik. Stünde die Demokratie ganz fest, so wäre der erste Weg der schnellere und würde ohne große Erschütterungen zum Ziele führen.

Diese Taktik würde bedeuten: Teilnahme an der Regierung auf Grund eines Minimalprogramms. Das grundsätzlich ab-zusehen wäre ein Rückfall in überwundene Zeiten. Aber es ist überhaupt eine Dummheit, die Taktik festlegen zu wollen, wenn man die Aenderung der Verhältnisse gar nicht voraussehen kann. Wir preisen ja nur die Genossen, die tot sind (Heiterkeit), also halten wir uns an das Wort des alten Liebknecht, daß man die Taktik im gegebenen Fall in 24 Stunden 24mal ändern muß. Sind wir aber nicht in der Regierung, dann müssen wir unsere Forderungen rücksichtslos verteidigen. Entweder Regierungspartei und dann die Vereinbarungen ehrlich gehalten oder rücksichtslose Opposition. Eine gedämpfte Opposition würde den Einfluß der Partei und das Vertrauen der Arbeitermassen mindern und niemals war schärfste Opposition nötiger als jetzt. Die Regierung ist absolut reaktionär eingestellt. Die Herrschaft und Raffgier des Groß-kapitals ist unbeschränkt. Die Prozentigen Dames-Junter wollen für 3,50 Mr. Zoll Eisen-Bohrungen preisgeben, was Judas Ischariot Jesus Christus um 30 Silberringe verraten hat. Die Deutsche Volkspartei ist unter der glorreichen Führung von Scholz zu einer Stinnes-Fiskale der Deutschnationalen ge-worden und demüßt, die eigene Ueberfäschung zu bemessen. Die Vorgänge im Zentrum müssen wir mit großer Aufmerksamkeit verfolgen und wünschen, daß sich die Linie durchzieht, die das Zentrum wieder für uns koalitionsfähig macht.

Der Kommunismus geht wie eine Ainderkrautheit der deutscher Arbeiter vorüber.

Unsere Verfassung ist gut. Unser Wahlrecht ist gut, und der Partei-vorstand tut seine Schuldigkeit. Worunter wir leiden, das ist der Unverstand der Massen. Sind nicht Millionen Klein-rentner auf den Aufwertungsschwandel hereingefallen? Wir müssen weiter Vertrauen gewinnen und nicht mit der einen Hand zertrümmern, was die andere aufbaut. Lassen wir die Weh-rlagerer und besinnen wir uns auf uns selbst. Fort-wärts, an die Arbeit! (Stürmischer Beifall.)

Endlich ein zeitgemäßes Lesebuch

Von Dr. Willi Blumenthal.

Wer erinnert sich nicht noch aus seiner eigenen Schulzeit des berühmten Deutschen Lesebuchs, das, stets etliche Jahrzehnte vorher herausgegeben, sich wie eine ewige Krankheit durch die Generationen forschleppte, mit wunderlichen, teils rührseligen, teils byzantinischen Gedichten und Lesebüchern geziert war, und in dem es widerwärtige Krieg und Kriegsgeschrei. Es hat alle Umwälzungen der Gegen-wart in lebzigster, „unveränderter“ Auflage überdauert; Krieg und Revolution konnten ihm nichts anhaben, und der Deutschlehrer, der sich von dem hundertjährigen Mutterbunt verächtlich abwandte, zog es vor, die Schüler zu den Quellen selbst zu führen und ihnen Proben aus der Literatur im Original darzubieten, ein mühseliger und kost-spieltiger Weg, der bringend Abhilfe heischt.

Nun ist vor kurzem ein neues, geschmackvolles Lesebuch geschaffen worden, das geeignet erscheint, die empfindliche Wunde auszufüllen. Zehn namhafte Germanisten haben in jahrelanger Arbeit das Wert zustande gebracht, das sie mit schöner Vorbedeutung „Ausfaat“ ge-nannt haben. (E. O. Grotsche Verlagshandlung.) Von dieser „Ausfaat“ versprechen sich die Herausgeber mit Recht reiche Früchte für die Erziehung der deutschen Jugend. Man spürt die beratende Stimme Ewald Sprangers, des Kenners der Jugendfrage, die hier über dem Ganzen weht. Hier ist ungezwungen in Auswahl und Anordnung der Entwürfe des jugendlichen Geistes ihr Recht ge-worden. Knappe Ueberschriften teilen das gesamte Stoffgebiet in ordnende Abschnitte. Es fehlen nicht mehr die Namen der Reuen, Stefan George ist vertreten und Werhart Hauptmann, und es fehlen auch nicht die Gedichte der Arbeiterdichter Alfons Behold, Heinrich Vorch und Heinicke, ja sogar Freiligraths herrliches Trugbild Schwarz-Rot-Gold ist abgedruckt in diesem wirklich Deutschen Lese-buch, das von allen einsichtigen Eltern, Lehrern und Schülern als der Beginn einer neuen Zeit auch im Bildungswesen freudig be-rühmt werden wird.

Chemie des Dames. Ein englisches Reisebureau hat der fran-zösischen Regierung den „Damenweg“ unjoller Erinnerung ab-gekauft. Smarte Geschäftleute, wie sie nun einmal sind, werden die Engländer aus dem „Damenweg“ ein grandioses, einfach konturrenzloses Kriegsmuseum machen, mit einem netten Stachel-trost herum, damit Reuierge nicht das Eintrittsgeld schinden können, mit Arbeitslosen, die als „Polizei“ verkleidet Postierdienste leisten und mit einem Triumphbogen, auf dem zu lesen steht: Ruhm und Vaterland! Hier liegen 30 000 tote Soldaten, gefallen 1914 bis 1918. (Ihre ihrem Andenken!) Eintritt: 5 Franken. English spoken. Wirtinahme von Schädeln verboten! Die Cool-Karawanen aus aller Welt werden zum „Damen-

weg“ kommen. Es wird „fashionable“ sein, von Paris aus seinen „Trip“ dorthin zu machen, im Auto und einen Dolmetscher zur Seite, der alles sachgemäß erklären wird. Niemand braucht dabei Angst zu haben, daß allzu starke Sensationen erschrecken könnten. Hier wird er nur den ruhigen Krieg zu sehen bekommen, alles hübsch zurechtgemacht, mit schönen Asphaltwegen, die Unterstände zementiert und elektrisch beleuchtet, Kanonenrohre in materialischer Gruppierung, zerbrochene Stahlhelme und verborgene Seitengewehre in Pyramiden — und gegen ein hohes Tringeld kann jeder einen „Ladenplanter als Andenken mitnehmen. Die Touristen werden „Ooooh“ und „Donnerwetter!“ sagen, wenn der Führer besonders aufregende Einzelheiten zum Besten gibt, und dann werden sie im Restaurant zum „Loten Mann“ warme Würstchen essen und an alle letzten Bekannten in der Heimat Anfahrtskarten schreiben: „Heute Damenweg besucht — 30 000 Tote — einfach fabelhaft — schade, daß ihr nicht dabei wart — viele Grüße...“ Zum Schluß wird man einen Schinken tanzen, und ein patriotischer Herr wird die toten Helden hochleben lassen.

Ich aber muß immer daran denken, daß im Stollen 23a mein Freund Harry verschüttet liegt... H. W.

„Mar und Moritz“ - Jubiläum. Seit dem Jahre 1865 haben nunmehr 1 1/2 Millionen Exemplare von „Mar und Moritz“ die Presse verlassen und dürfen damit nächst der Bibel das ver-breitetste Buch in deutscher Sprache sein. Diesen Erfolg wird sich vermutlich weder Wilhelm Busch haben träumen lassen, noch der Sohn Ludwig Richters, dem Busch das Buch seinerzeit zum Verlag anbot. Richter hatte schon vorher einige kleine Bilderposten Buschs verlegt, die jedoch nicht gingen, weswegen er sich auch nicht zur Herausgabe des „Mar und Moritz“ entschließen konnte. Busch hat später ausdrücklich betont, daß der alte Ludwig Richter ihm ver-sichert habe, das Manuskript des „Mar und Moritz“ habe in Dresdener Künstlerkreisen außerordentlich gefallen, nur kein Künstler leider keine Wärdertäuler, und deshalb würde vermutlich dieses Buch ebenso wie die Bilderposten unerkauft im Verlags-keller verschimmeln. Darauf wandte sich der Vater der beiden bösen Buben an den alten Raspar Braun, in dessen „Nlegenden Blättern“ Busch bereits mit verschiedenen Beiträgen erschienen war. Busch sandte ihm das Manuskript, das übrigens selbst schon ein hervor-ragendes Kunstwerk darstellte. Die Bilder waren in feinsten Wei-ßbleistift gezeichnet, mit Wasserfarbe hochstein koloriert und die Verse von Busch mehr gezeichnet als geschrieben. Uebrigens gibt es von diesem reizenden Manuskript einen mit allen Mitteln moderner Reproduktionstechnik hergestellten Fottilmsiedruck. Raspar Braun übernahm ohne weiteres die Herausgabe und prophezeite den bösen Buben sofort die glänzende Zukunft, die sie tatsächlich erlebt haben.

Ein italienischer Tragiker in deutschem Gewande. Der Verlag für Kulturpolitik in Berlin wird die Werke des italienischen dramatischen Dichters Federico Valerio Ratti in deutscher Sprache herausbringen. Noch im laufenden Jahre wird Ratti's „Bruzio“ (die Gründung Roms) erscheinen, dem dann sein „Rudias“ und „Die Bedierter Furche“ folgen werden. Ein besonderes Interesse hat es, daß der Italiener Ratti sich auch an ein national-germanisches Thema heranwagt hat. Er arbeitet gegenwärtig an einem „Kriminus“, in dem der Zusammenstoß der römischen Zivilisation mit der primitiven Kultur des Germanentums ge-schildert wird.

71 neue Dahlien. 25 000 Dahlien sind in der großen Schau, der größten, die jemals in England veranstaltet wurde, versammelt die die englische Dahlien-Gesellschaft jetzt in London eröffnet hat. Dem Sachverständigen-Ausschuß wurden 71 neue Dahlienarten vorgelegt, von denen aber nur 40 als wirklich gezielte Neuzüchtungen An-erkennung fanden. Bei den übrigen waren zum größten Teil die Stengel zu schwach für die ungeheuer großen Köpfe, denn es ist ein Haupterfordernis für eine gute Dahlie, daß sie sich aufrecht hält und nicht unter der Last der Blüte zusammenbricht. Die Neuzüchtungen unfaßen alle Typen von den großen Kaktusdahlien, von denen manche 25 Zentimeter im Durchmesser und mehr als 60 Zentimeter im Umfang haben, bis zu den pioniernartigen Blüten, die nur 5 bis 8 Zentimeter im Durchmesser unfaßen. Die Blütenfarben dieses Jahres sind Purpur und verschiedene Nuancen von Rauer, be-sonders bewundert wurden einige Farben, die eine Mischung von Orange und Aprikosenfarbe, von Violett und Gold zeigen.

Die Werkstätte von James Watt. Im South-Kensington-Museum in London ist jetzt die Werkstätte von James Watt zu sehen, wie der große Physiker sie bei seinem Tode im Jahre 1819 zurückließ. Sie enthält die Originalmaschinen sowie sämtliche Apparate und Behälter, deren James Watt sich zu bedienen pflegte. Das Ganze ist voll-kommen naturgetreu hinter durchsichtigen Glasscheiben aufgebaut und bildet eines der schönsten Objekte des Museums. Von ameri-kanischer Seite waren der Familie Watt schon wiederholt sehr große Summen geboten worden, falls sie sich entschließen könnte, die inter-essanten Reliquien zu verkaufen. Major J. M. Gibson-Watt, des gegenwärtigen Haupt der Familie, hat jedoch alle diese Angebote abgelehnt, um die Hinterlassenschaft von James Watt ungeschmälert im Besitz Englands zu erhalten. Er hat die wertvolle Kollektion dem Museum völlig kostenlos überlassen.

Spielplanänderungen. Die Erkaufführung von Halbes „Ezrom“ in den Sommertheatern muß verschoben werden. Heute: Die Volksthe der „Königliche“. — Die heutigen Veränderungen in der Teilbau machen eine neuerliche Verschiebung der Erkaufführungsvorstellung auf Sonnabend notwendig.

Die Vermählungs-Adademie Berlin gibt soeben das neue Verlesungsbuch, gedruckt für das Wintersemester 1925/26 heraus. Es enthält Verlesungen aus allen Gebieten der Staats- und Wirtschaftswissenschaften, sowie der Rechtswissenschaft für Kommunal-, Sozial-, Arbeits-, Justiz- und Landeskunde sind besondere Lehrgänge mit Hausvorlesungen vorgesehen.

Vorträge. Dienstag, 15. September, 7 1/2 Uhr, öffentliche Verlesung des „Bundes entliegender Schulformen“ zum Thema „Sexual-erziehung“ im Werner-Siemens-Hausgymnasium, Hohenstaufenstr. 47/49. Rednermann eingeladen.

Die Dresdener Generalmusikdirektor hassen Will. Die Stadt Dresden hat die Absicht, den Generalmusikdirektor der Sächsischen Staatsoper, Fritz Busch dauernd an Dresden zu stellen. Sie will ihm aus diesem Grunde eine Villa zur Verfügung stellen und mit dem sächsischen Staat verhandeln wegen einer Appellat. Die Dresdener Presse nimmt gegen dieses Projekt gleichmütig Stellung, da sich nach ihrer Ansicht eine derartige Ver-wendung von Steuererlösen nicht rechtfertigen läßt.

Goldfunde im Fichtelgebirge. In der Nähe von Wartenburg im Fichtelgebirge ist go-baltiges Gestein entdeckt worden, das nach mehreren Analysen ziemlich Goldgehalt besitzt. In einem Falle wurden 60 Gramms auf die Tonne Gestein festgestellt, durchschnittlich ergab sich ein Goldgehalt von 27 Gramms pro Tonne.

Drunter und drüber.

Rebellion der kommunistischen Linken.

In der Berliner KPD geht es drunter und drüber. Ganz so einfach wie das hochwohlwollende Moskauer CKI sich die Rechtschwenkung gedacht hat, geht sie doch nicht vor sich. Die Linken in Berlin rebellieren. Bezeichnend dafür sind zwei Resolutionen des 6. und 17. Bezirks. Hier wird sogar Ruth Fischer und Maslow der Vorwurf gemacht, daß sie offenbar unter dem Druck des CKI schon früher sich „rechte Abweichungen“ haben zuschulden kommen lassen. Wie es in den Köpfen der Berliner Kommunisten aussieht, zeigen diese Entschlüsse außerordentlich drastisch. In der des 6. Bezirks heißt es:

„Wir haben keinerlei Veranlassung, die Genossen Ruth Fischer und Maslow gegen die in dem offenen Brief enthaltenen Angriffe zu verteidigen. Ruth Fischer und Maslow haben durch ihre rechte opportunistische Volksblockpolitik die Linke gespalten und völlig zu zerlegen versucht, sie haben versucht, alle Funktionen, die gegen ihre opportunistische Politik Front machen, zu mahregeln, sie haben den Willen der Mitglieder unterdrückt und selbst vor Ablegung von Parteitagdelegierten nicht zurückgeschreckt. Durch ihre in den letzten Monaten schwankende und immer mehr nach rechts neigende Politik (Wahl des Arbeiterschlichters Hirsch in Dortmund, Bündnisangebot an Senderow und Saupé) haben Maslow und Ruth Fischer den rechten Strömungen in der Partei die Bahn geebnet. (Siehe verstärkte Ausbreitung der Rechten in fast allen Verwaltungsbezirken, Zusammengehen mit Rechten in verschiedenen Bezirken, z. B. Thüringen.) Darüber hinaus hat Ruth Fischer die Berliner Mitglieder ständig und bewußt getäuscht, um ihre prinzipienlose Politik durch die Unterschrift unter den Brief des CKI abzuschließen und zu krönen. (!) Ruth Fischer und Maslow haben durch ihre rechte Politik auch die geringste Unterstützung verweigert.“

In der Entschlüsse des 17. Bezirks heißt es:

„Schon wieder stoßen die Rechten vor. Kommen sie an die Macht, so bedeutet das Verfallung jeder kommunistischen Politik in ihr Gegenteil. Deshalb ist es höchste Zeit, nachdem bereits sozial Zeit verloren wurde, in letzter Stunde alle ehrlichen Elemente innerhalb der Partei zum Kampf gegen die Rechten zusammenzuführen.“

Dieser Kampf kann wirksam nur geführt werden im Sinne des 5. Weltkongresses und ganz besonders des Frankfurter Parteitages. Wir fordern daher alle ehrlichen linken Genossen, gleich wo sie stehen, auf, sich um die Fahne der alten linken Politik zu scharen und auf folgender Grundlage die entschlossene Bekämpfung der Rechten durchzuführen.

1. Entschiedenem Zurückgreifen auf die Festlegung der Einheitsfront als einer Methode der Agitation und revolutionären Mobilisierung der Massen, keine Einheitsfront vorwiegend von oben, keine Bündnispolitik mit Führern konterrevolutionärer Organisationen, keine vorwiegend parlamentarischen Aktionen ohne Massenbewegung.

2. Entschiedenem Ablehnung der Herrinnahme einer bankrotten rechten „Fraktion“ in politisch und gewerkschaftlich beherrschende Positionen der Partei (Fall Walcher usw.)

3. Zurücknahme aller politischen Maßregelungen linker Funktionen.

4. Volle Diskussionsfreiheit, bis zur Klärung aller Mißverständnisse aller Gruppen, besonders aber der Linken.

5. Stärkstes Eintreten für die Einheit der Partei gegen die rechten Spalter.“

Das zeigt schon deutlich, daß der die Berliner Organisation der KPD beherrschende Funktionärsstab gar nicht daran denkt, die befohlene Schwenkung zurück zur Linie Ernst Thälmer—Klara Zetkin—Brandler—Kadet vorzunehmen. Schließlich haben Ruth Fischer und mit ihr Maslow nicht umsonst jahrelang in dieser Berliner Organisation gearbeitet. So steht auch der Brief des CKI auf offenem Widerspruch. In der Resolution des Bezirks heißt es über ihn:

„Darüber hinaus enthält der Brief des CKI eine Reihe von Stellen, die nicht nur Maslow und Ruth Fischer kritisieren, sondern Auffassungen der Gesamtlinken aus der Zeit von Jena bis zum Januar-Zentralauspruch 1925 ablehnen. Weiter nennt der Brief diejenige Gruppe, die die linken Traditionen der Partei fortführt und gegen die opportunistischen Abweichungen der Mehrheit der Zentrale Stellung genommen hat, ultra-links, antibolschewistisch, antikommunistisch, Arbeitererräter und von der Führung der Bourgeoisie beeinflusste Elemente. In unserem großen Bedauern hat die Gesamtdelegation des 3A. sich diesem Angriff angeschlossen und damit eine deutliche Abkehr von den linken Grundlinien vollzogen. Derartige Angriffe auf die linke Gruppe muß die Bezirksleitung energisch zurückweisen, um so mehr, als die Rechten, gestützt auf die Angriffe, die im Brief des CKI antikommunistisch genannten Linken aus der Partei hinauszudrängen versuchen werden.“

Wir rufen die Mitglieder der Berliner Organisation auf, ihrer jahrelangen Tradition entsprechend der linken Politik treu zu bleiben, alle Angriffe der rechten Rechten zurückzuweisen und die Einheit der Partei mit allen Mitteln zu wahren.“

Diese Entschlüsse einzelner Berliner Bezirke zeigen, wie recht wir hätten, als wir eine glatte Schwenkung der KPD für eine innere Unmöglichkeit erklärten. Die Politik, die die Exekutive jetzt verdammt, hat sie selber jahrelang getrieben. Sie selber hat seinerzeit die linken Fraktionen in der KPD, großgezogen und geschützt, hat sie materiell unterstützt und auf diese Weise die rechte Führung besetzt. Nach dem Oktoberputsch ist es gerade Einowjew gewesen, der am allerstärksten auf eine Linkschwenkung der KPD gedrängt hat. Es ist eitel Demagogie, wenn die Moskauer alle Schuld für das Versagen und den Zusammenbruch der KPD auf Ruth Fischer und Maslow schieben. Die Folge dieser verlogenen Demagogie muß naturgemäß eine tödliche Krise der KPD sein.

Klagelöhne der Wirtschaftspartei.

Kadendorff gegen das Kabinett Braun.

Böln, 15. September. Die Montagssitzung der Tagung der Wirtschaftspartei begann zunächst mit einer kommunalpolitischen Aussprache. Das Plenum nahm den Tätigkeitsbericht der Reichstagsfraktion entgegen, den Abgeordneter Kadendorff erläuterte. Die ganze parlamentarische Arbeit wurde beherrscht von den drei wichtigsten Fragen: Aufwertung, Steuer und Zölle. Bei allen Problemen habe die Fraktion es sich angelegen sein lassen, die Interessen des selbständigen Mittelstandes wahrzunehmen. So sei es ihr besonders bei den Steuern gelungen, wichtige Verbesserungen zu erreichen. Eine große sachliche Arbeit habe die Fraktion bei der Beratung des Zolltarifes geleistet. Den Höhepunkt der Vormittagsverhandlungen bildeten die Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Kadendorff über die Haltung der preussischen Landtagsfraktion. Die schwebenden Fragen und die Haltung zur Regierung erläuterte er dabei eingehend und betonte, daß es ganz ausgeschlossen sei, daß eine Partei, die sich den Schutz des gewerblichen Mittelstandes zur Aufgabe gesetzt habe, eine Regierung unterstützen könne, welche mit vollem Rechte als Totengräber des gewerblichen Mittelstandes bezeichnet werden müsse.

Geschäftsviertel am Sonntag.

Die Straßen sind ausgestorben. Vor einem Hause sitzt eine Portiersfamilie, ein Grammophon kreischt einen vergessenen Schlager und zerkleinert schritt die lastende Stille. Hin und wieder fährt ein Auto durch die toten Straßen; die Straßenbahn leuchtet nur aus dekorativen Gründen, und der verkehrregelnde Schupo findet keine Gelegenheit, sich im Glanz seiner Freiübungen zu zeigen. Ein paar Menschen sitzen mit gelangweilten Gesichtern in den Cafés, blättern in den Zeitungen und wissen nichts mit sich anzufangen. Selbst die Pagenhoferstudien sind leer. Die Berliner City scheint von Menschen gemieden. Die großen Geschäftsbauwerke stehen mit ihren Fenstern auf verbüßte Straßen. Niemand ist da, der von den Auslagen Notiz nimmt. Alles erscheint so überflüssig. Die breiten Kellamaischilder wirken wie vergessene Festdekorationen von einem riesigen Karneval geschäftlichen Geistes. Man sieht die Schadhafigkeit der Häuser. Auch von den besten Prädelt leise der Stad. Man sieht ihre Dunkelheit und Enge, denn es fehlt der mitreißende Rhythmus, der an Arbeitstagen auch den beschäftigungslosen Spaziergänger in seinen Vonn schlägt und der diese Dinge vergessen läßt. Im Winter ist alles gedämpfter, die Dunkelheit verdirgt und das Licht der Straßenlampen knüpft Beziehungen; doch im Sonnenlicht stehen diese Häuser völlig entblüht da. Sie sind überflüssig geworden, gefornete Steinwüste, die das Schicksal römischer Weltstädte ahnen lassen. Man sieht sich verlassen und verirrt in diesen steinernen Labyrinth, über denen eine Einsamkeit lastet, die genau so drückend und trostlos ist, wie die des Meeres oder der Weide.

Auch ein „Großbetrieb“.

Verhaftung einer Wechselkassierbande.

Wechselkassierbande im großen betrieb eine dreiköpfige Gesellschaft. Sie rechnete auf die Kreditnot, die allenthalben groß ist. So fiel ihr auch ein Fabrikbesitzer aus der Provinz in die Hände, der ebenfalls Geld suchte. Dieser erhielt von einem gewissen Fischer statt baren Geldes einen Wechsel und eine angelehnte hiesige Bank, der über 40 000 M. lautete und bereits mit dem Giro der Bank versehen war.

Er war aber vorsichtig genug, bei der Bank vorher anzufragen, und so erfuhr er bald, und noch rechtzeitig, daß der Wechsel gefälscht war. Unvorsichtlich machte er Anzeige. Kriminalbeamte begaben sich unauffällig mit ihm nach dem Treffpunkt, den er mit Fischer verabredet hatte. Dieser wurde auf der Stelle festgenommen und gestand auch bald, gemutht zu haben, daß der Wechsel gefälscht war. Er behauptete, ihn von einem ehemaligen russischen Offizier, einem 29 Jahre alten Harald Wolmann, erhalten zu haben. Die Beamten ermittelten diesen in einem Lokal in der Reußischen Kirchstraße und nahmen ihn ebenfalls fest. Wolmann gab nach langem Weigern denn endlich auch zu, daß er den Wechsel von seinem Freunde, Anatol von Wahl, erhalten hatte. Die Beamten ermittelten von Wahl, einen jungen Mann von 22 Jahren, einen Balten, der erst kürzlich nach Berlin gekommen ist, in seiner Wohnung am Tempelhofer Ufer 29, wo er vor 14 Tagen zugezogen war. Er erklärte die Absicht gehabt zu haben, bei Entlohnung und Festnahme dem Beamten und dann sich selbst niederzuschließen. Er wollte demnächst in Finnland eine Stellung annehmen, vorher sich aber in Berlin durch Fälschungen und Betrug Geld verschaffen. Er gibt zu, 10 bis 12 Wechsel auf die eine Bank gefälscht und mit deren Hilfe verfahren zu haben. Die anderen Fälschungen sollen seine beiden Mitläufer vorgenommen haben. Bei ihm fand man noch 50 Wechselformulare, die bereits ausgefüllt und gerollt waren, alle auf eine Bank und über 250 000 M. Andere Fälschungen waren zum Teil zerissen. Im ganzen lauteten die ausgefüllten und gerollten Wechsel auf 465 000 M. Wieviele Fälschungen tatsächlich in Verkehr gebracht worden sind, läßt sich jetzt noch nicht feststellen. Die Geschädigten, die mit den Fälschern irgendwie zu tun gehabt haben, werden erfragt, sich bei Kriminalkommissar Hartwig im Volkshausgebäude in der Georgenkirchstraße 30/31 zu melden.

Einbrecher an der Arbeit.

Recht heute machten Einbrecher in einem Konfektionsgeschäft in der oberen Friedrichstraße, in dessen Lageräume sie mit Nachschlüssel und Kleistreifen einbrachen. Sie stahlen eine ganze Anzahl Damenpelzjassen, 250 Damenstoffmäntel mit Pelzbesatz und verschiedene Kostüme, im ganzen für über 30 000 M. Der Einbruch wurde in der Nacht zum Sonntag verübt, aber niemand hat die Verbrecher mit der Beute das Haus verlassen sehen. Auf die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes ist eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt. Mitteilungen an Kriminalkommissar Praskiwig im Zimmer 102 des Polizeipräsidiums. — Mit ungewöhnlicher Dreistigkeit gingen Einbrecher zu Werke, die am heißen Tage eine Wohnung in der Nauvachstraße heimsuchten. Das Hausmädchen des Wohnungsinhabers begonnene, als es von einem Auszug zurückkehrte, im Handstreich drei Männern, die schwere Pakete trugen und einen verdächtigen Eindruck machten. Als das Mädchen die Wohnungstür aufgeschlossen hatte, sah es sofort, daß Einbrecher hier gehaust hatten. Alles war um und um gemüllt und durcheinander geworfen. Die Diebe haben außer Pelzen und verschiedenen Schmuckstücken auch 1500 M. bares Geld erbeutet. Mitteilungen, die zur Aufklärung dienen können, sind an die Dienststelle B. I. 3 der Kriminalpolizei zu richten.

Ein Karpfen vom Himmel gefallen!

Ein vierder Holzschuhmann aus Redlich bei Potsdam fuhr gestern in die benachbarte Post, um Holz für eine Firma abzuführen. Auf dem sandigen Holzweg knallte er ein paar mal tüchtig mit der Peitsche. Blötzlich sah er etwas Silberglänzendes durch die Bäume fallen und dicht vor seinen Pferden liegen bleiben. Um sich den vom Himmel gefallenen Gegenstand näher anzusehen, stieg er vom Wagen und fand auf dem Sandwege einen etwa 1 1/2 Pfund schweren Karpfen. Die Erklärung für dieses Naturwunder ist jedoch sehr einfach. Am Redlicher See findet man noch Fischadler; ein solcher Häber hatte sich den Karpfen gefangen und wollte damit zu seinem Nest fliegen. Durch das Peitschenknallen erschreckt, hatte er seine Beute fallengelassen, die nun der wackere Holzschuhmann mit nach Hause genommen.

Polizeihund-Zielerprüfung.

Trotz des am Sonntag vormittag herrschenden schlechten Wetters fanden auf der Rennbahn Weihenstephan die angesagten Polizeihund-Prüfungen der Landgruppe Mark Brandenburg des Deutschen Schäferhund-Verbandes statt. Der wiederholt niedererstellte Regen stellte an Hund und Führer große Anforderungen und es ist dennoch erstaunlich, mit welcher Sicherheit die „Werkhüter“ ihre schweren Aufgaben zu lösen wußten. Die Prüfung begann mit der Rasenarbeit, d. h. suchen und ausarbeiten von Spuren nach einer entweichenden Zeit. Es folgten Gehorsamsübungen, die Ermüdung von Gegenständen, auf Befehl anhaltend Lautgeben usw. Den Schluß bildete sog. Mannarbeit. So z. B. Revieren verbellern, Wark, Hieb- und Schußfestigkeit, verteidigen des Führers ohne Befehl usw. Von acht gemeldeten Hunden bestanden sechs die Prüfung und wurden als Polizeihunde anerkannt und zugelassen. Der beste Hund mit vorzüglichem Rasenarbeit, übrigens ohne Konkurrenz in Berlin, war die Hündin Rosa von Habenslohe des Besitzers Schöndert. Amtier wurde Rigo von Cassell und als dritter Sieger ging die Hündin Stroppe von den rauhen Bergen

aus der Schwierigen Prüfung hervor. Die Prüfung ist gewissermaßen als Vorprüfung zu der am 1. November in der Brangelstraße stattfindenden Reichsprüfung anzusehen.

Wer im Garten sitzt, sitzt nicht in der Kneipe.

Die Kleingärtner des Berliner Nordostens veranstalteten am Sonntag vormittag in Weihenstephan eine große Kundgebung für die Schaffung von Dauerkolonien. Mehr als tausend Landkolonisten waren erschienen, um ihren Forderungen Ausdruck zu geben. Ein ansehnlicher Demonstrationzug bewegte sich mit Musik durch die Hauptstraßen des 18. Bezirks. Neben den Fahnen und Vereinsbannern sah man Schilder, die treffende Aufschriften trugen; so zum Beispiel: „Wir verlangen Auflockerung der Großstadt“ und „Wer im Garten sitzt, sitzt nicht in der Kneipe“. Vor dem Bezirkshaus in der Albertinenstraße machte der Demonstrationzug halt. Eine Delegation begab sich zum Bürgermeister, Genossen Pfannkuch, um von ihm zu hören, wie sich das Bezirksamt zu den Forderungen der Kleingärtner stellt. Genosse Pfannkuch betonte, daß er die Forderungen der Kleingärtner ohne weiteres billige und ihnen zustimme. Er wies darauf hin, daß die Bezirksverordnetenversammlung kürzlich einem von der Bauverwaltung vorgelegten Projekt über Bildung von Heimstättengebieten zugestimmt habe. Die in Aussicht genommenen Flächen liegen in unmittelbarer Nähe der bebauten Ortsteile. Die Antwort des Bürgermeisters wurde von den Demonstranten mit Beifall aufgenommen. An der Kreuzung der Großen Seestraße und Schönstraße löste sich der Zug mit einem dreimaligen Hoch auf die Kleingartenbewegung auf.

Fahnenweihe des Reichsbanners in Vornstedt-Vornim.

Opferwilligkeit der Mitglieder und eine Spende setzten die Ortsgruppe Vornstedt-Vornim bei Potsdam in die Lage, am Sonntag eine prächtige Fahne zu weihen. Am Vormittag sammelten sich die benachbarten Ortsgruppen auf dem Ballinplatz in Potsdam. Im stottern Marsch gingen von dort nach dem reich in den Farben der Republik geschmückten Heimatsort der feiernden Gruppe. Die Weihe fand unter zahlreicher Beteiligung der Bevölkerung auf dem Schulplatz statt. Der Amisvorsitzer, Kamerad Frenzel, begrüßte im Namen der Ortsgruppe die Gäste. Die Weiherede hielt Kamerad Dr. Müller-Potsdam. Die neue schwarzrotgoldene Fahne legt uns Pflichten auf. Wir müssen sein Befehle zu der Republik, Kämpfer für die Republik und Erzieher nach der Republik. Der gemeinsame Gesang der dritten Strophe des Deutschlandliedes bekräftigte das Treuegelöbnis, das Kamerad Frenzel für die Ortsgruppe ablegte. In den wirkungsvollen Umzug durch den Ort schlossen sich tanzfreudige Stunden. Waren auch die Ortsgruppen aus Potsdam und Umgebung dieses Mal ganz auf sich allein gestellt, so hatte doch die starke Teilnahme besonders aus den rein ländlichen Ortsgruppen eine erfolgreiche Kundgebung ermöglicht.

Herbstfest des Reichsbanners in Zehlendorf. Ein in jeder Beziehung gut gelungenes Herbstfest veranstaltete der 10. Kreis (Zehlendorf-Dahlem-Wannsee) des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am Sonntagabend im Lindenpark in Zehlendorf-Mitte. Redakteur Genosse Walter Trojan hielt in dem mit den Farben der Republik reich geschmückten Saal die Begrüßungsansprache, der sich eine temperamentvolle Festrede des Kom. Waldemar v. Püttlamer anschloß. Er betonte, daß der Zusammenhalt aller Republikaner, der Sozialisten, der Demokraten und der Vertrumsangehörigen, im Reichsbanner heute notwendiger denn je ist, und daß alle noch fernstehenden Republikaner sich dem Reichsbanner anschließen müssen. Die von den Jungmännern des Zehlendorfer Reichsbanners gestellten Pyramiden waren eine ganz prächtige und geradezu sehenswerte Leistung, die auch an anderen Stellen wiederholt werden sollte. Die wirkungsvoll vorgetragenen politischen Satirischen Rezitationen Erich Hoffmanns, ferner die mit Gertrud Christ kritisch hergeleiteten satirischen Bänkelesergeschichten sowie ein lustiger Festestimmung. Eine Kiejeniambosa sorgte für die nötigen Ueberraschungen.

Gauweiterkunft der Arbeiterfänger.

Der Deutsche Arbeiterfängerbund hatte am Sonnabend und Sonntag in Hannover seine Gauleiter versammelt. Es wurde u. a. zum Bundesfängerfest in Hannover Stellung genommen. Zum Situationsbericht drückte Genosse Fehsel-Berlin seine Befriedigung darüber aus, daß die Einwirkungen der Inflation, unter denen der Bund schwer gelitten hat, als überwunden gelten. Die Bundestafel ist wieder einigermaßen stabil und auch sonst hat sich der Bund in jeder Beziehung gefestigt. Die Kurve der Mitgliederbewegung ist in stetigem Steigen begriffen. Wenn wir auch den alten Stand noch nicht wieder erreicht haben, so können wir doch mit Zug und Recht behaupten, daß die Bewegung in die Tiefe gegangen ist. Das erklärt sich unter anderem auch daraus, daß uns seit der Revolution ein weit größerer Kreis von Dirigenten und Chormeistern zur Verfügung steht. Auf dem beschränkten Wege wollen wir fortfahren. Wir wollen dazu schreiten, Rinderhörs zu gründen. Die Bundesezeitung hat unsere besondere Aufmerksamkeit erfordert. Ihre Ausgestaltung hat uns stets am Herzen gelegen. Die Tätigkeit im Bundesverlag hat einen erfreulichen Umfang angenommen. Mit unseren ausländischen Genossen haben wir gut zusammen gearbeitet. Getreu dem Beispiel befreundeter Organisationen (der Arbeiterturnerbund hat eine Bundeschule), müssen wir eine Aufgabe darin sehen, ein Bundeskonservatorium zu gründen. Seit der politische Kurs wieder nach rechts geht, stellt sich ein bedauerlicher Dirigentenmangel heraus. So müssen wir fest zusammenstehen, dann wird es mit dem Deutschen Arbeiterfängerbund vorwärts gehen.

Der Vorsitzende Meyer und Corleis-Hannover gaben dann einen informativsten Überblick über die Möglichkeiten eines Sängerfestes in Hannover, während Dr. Guttman-Berlin über den künstlerischen Aufbau eines Arbeiterfängerfestes sprach. Am Sonntag nahm man eine Rundfahrt durch Hannover vor, um Hannovers Konzerthäuser, in der Hauptsache die Stadthalle, in Augenschein zu nehmen. Gegen 11 Uhr wurden die Beratungen wieder aufgenommen. Allgemein wurde der Standpunkt vertreten, daß Hannover der geeignete Ort dafür sei. Es wurde beschlossen, das Sängerfest in Hannover, Pfingsten 1927, abzuhalten. Um die Kosten aufzubringen, ist der Bundesvorstand angewiesen, einen Festbeitrag von 1 Mark obligatorisch zu erheben, und zwar mit dem Hinweis darauf, daß, wenn dieser Beitrag nicht ausreicht, der Vorstand noch einmal 1 Mark erheben soll.

Der nächste Bundestag findet vom 18. bis 15. Juni 1926 in Hamburg statt.

Sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum feiert heute der Informativmetteur des „Vormärts“, Genosse Hermann Bollack bei bester Gesundheit. Rund 30 Jahre bereits verleiht der Jubilar den Posten eines Informativmetteurs. Bereits im Jahre 1888 trat er in den „Volkshaus“-Betrieb des Genossen Bading ein. Möge es ihm vergönnt sein, auch weiterhin bei bester Gesundheit sein jetziges Amt auszuüben.

Reichsbund Deutscher Mieter C. V., Berliner Mieterverein C. V. Freitag, den 18. September, abends 7 1/2 Uhr, findet in Cadenbands Gesellschaft, Neue Friedrichstr. 33, ein juristischer Vortrag über das Thema: „Heizung und Warmwasser“ von Herrn Dr. Meißelhaupt statt.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

9. Kreis Wilmersdorf. Heute Dienstag, den 15. September, abends 8 Uhr, bei Andrea, Holzburgerstr. 30, angereicherter Anwesenheit mit den Vortragsleitern und der Fraktion. Jungpostläufer, Gruppe Reichsland, heute Dienstag, 7 1/2 Uhr, im Gerbth, Reichslandstr. 49, Vorträge: „Eisack und Reich“.

Gewerkschaftsbewegung

Das neue deutsche Lohnproblem.

Formuliert von August Winnig.

„Die Lohnfrage im Erfüllungsstaat“ ist der Artikel überschrieben, den Winnig am Sonntag in der „Berliner Börsenzeitung“ (Nr. 429) brachte. Einleitend wird darin betont, die Lohnfrage in Deutschland habe politischen Charakter, im deutschen „Erfüllungsstaat“ zumal sei sie eine politische Größe erster Ordnung.

„In jedem Tagewerk jedes deutschen Arbeiters stecken zwei bis drei Stunden Iron für die Staaten, denen wir tributpflichtig sind. Da eine Verringerung dieser Lasten nicht möglich ist, und auch nicht im Willen des Erfüllungsstaates liegt, so sucht die Notwendigkeit der Produktionsverbilligung andere Wege.“

Diese Wege gingen dahin, durch Auswahl und Behandlung der Rohstoffe durch leistungsfähigere Maschinen und durch Vermeidung unnützer Kraftausgaben den Nutzerfolg der Produktion zu erhöhen. Da dieser Erfolg aber nur durch vorherigen Aufwand an Kapital zu erreichen sei, werde er vielfach von vornherein durch Druck des Arbeitslohnes zu erreichen versucht.

Nach den Berechnungen von Prof. Hermsberg auf dem Gewerkschaftskongress betragen die „Ersparnisse“ der deutschen Unternehmer an Arbeitslöhnen gegenwärtig durchschnittlich etwa 33 Pf. Stundenlohn für den gelernten Arbeiter und 20 Pf. für den ungelerten. Insgesamt bedeutet das für die deutsche Unternehmerschaft eine „Ersparnis“ von rund 8 Milliarden Mark im Jahre. Dieser Vergleich bezieht sich dabei noch nicht einmal auf den stärksten Konkurrenten Deutschlands, auf die Vereinigten Staaten. Allerdings ist die deutsche Industrie gegenüber der Vorkriegszeit stärker belastet, aber diese Belastung wird durch den Lohnbruch reichlich mehr als aufgehoben.

Die Lohnfrage hat nach Winnig gegen früher ein anderes Gesicht. Hätten früher schon die deutschen Arbeiter für einen wachsenden Bevölkerungsüberschuß den Lebensunterhalt durch Warenproduktion und Warenexport herbeischaffen müssen, so sei dieser Bevölkerungsüberschuß heute noch größer geworden und hinzugekommen seien die Tribute. Aus der Erfüllungspolitik ergebe sich unausweichlich die Notwendigkeit, den Lohn niedrig zu halten. Die Gewerkschaften seien es gerade, die den Willen zum Erfüllungsstaat vertreten.

„Erst dieser Wille der Gewerkschaften macht überhaupt den Erfüllungsstaat möglich. Es wird für die weitere Entwicklung entscheidend sein, was sich in der Folge als stärker erweisen wird, der Widerstand der Arbeiter gegen die im Weiden des Erfüllungsstaates irdenden Bereicherungstendenzen oder die passivistische Ideologie der Gewerkschaften.“

Die Lohnhöhungen seit der Inflationszeit zeigten keine natürliche Entwicklung, seien vielmehr durch die Auslandskredite möglich gewesen. Diese Lohnhöhungen hätten jedoch nichts geholfen, da ihnen eine allgemeine Steigerung der Lebensmittelpreise folgte. Winnig kommt zu dem Schluß: „Der Erfüllungsstaat ist nur möglich, weil ihn die Führung der deutschen Arbeiter will.“ Aber er ist wiederum nur möglich, wenn sich die deutschen Arbeiter dauernd mit einem Tiefstand der Lebenshaltung begnügen, gegen den sie sich heftig wehren. Mit anderen Worten: Wollen die deutschen Arbeiter eine höhere Lebenshaltung erringen, dann sind sie gezwungen, sich gegen den Erfüllungsstaat zu wenden.

Wir müssen offen gestehen, daß wir mit der auch in ihrer Behauptung und Begründung recht ansehnlichen Lohntheorie Winnigs nichts anzufangen wissen. Wir fragen: Was dann, wenn die Führung der deutschen Arbeiter den „Erfüllungsstaat“ nicht mehr will? Wird dann dieser unmöglich gewordene „Erfüllungsstaat“ verschwinden und durch einen Richterfüllungsstaat ersetzt? Wenn wir aus den deutschen Gewerkschaften einen einzigen Stahlschmelz machen könnten, was dann? Wer auf Antwort von Winnig wartet, ist ein Narr. Und nur ein Narr könnte eine Antwort auf diese Frage für bare Münze nehmen.

Winnig wirft ja nur ein „Problem“ auf, mit dessen Lösung sich andere den Kopf zerbrechen mögen. Die Gewerkschaften lassen sich mit dem Dames-Pakt nicht schrecken, sie werden auch weiterhin die ihnen jeweils geboten erscheinende Lohnpolitik verfolgen.

Der Schiedsspruch für die Eisenbahnarbeiter.

Die Reichsbahn für Annahme.

Heute läuft die Frist für die Erklärung ab, ob der Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums angenommen oder abgelehnt wird. Die Gewerkschaften haben sich nicht entschließen können, dem Spruch zuzustimmen. Die Reichsbahn hat dem Schiedsspruch zugestimmt. Das Reichsarbeitsministerium wird nun wahrscheinlich den Schiedsspruch für verbindlich erklären.

Die Reichsarbeiter nehmen den Schiedsspruch an.

Die am Tarifvertrag für die Reichsarbeiter beteiligten Gewerkschaften und Organisationen haben am gestrigen Montag sehr eingehend zu dem vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch Stellung genommen. Obwohl mancherlei Bedenken gegen die neuen Lohnsätze geltend gemacht wurden, kam man doch zu der Ansicht, daß im Interesse der allgemeinen Wirtschaftslage und der Staatsfinanzen die jetzt geltenden Löhne anerkannt werden sollen, und es wurde deshalb der Beschluß gefaßt, dem Schiedsspruch zuzustimmen.

Beprechung über die Beamtengehälter.

Der Reichsfinanzminister hat die Vertreter der Spitzenorganisationen der Beamten zu Rittwoch, den 23. September, zu Besprechungen über die Eingabe zur Aufbesserung der Beamtenbesoldung eingeladen.

Die Lohnforderungen der Metallformer abgelehnt.

In einer Versammlung der Metallformer berichtete Engel vom Deutschen Metallarbeiterverband über das Ergebnis der Lohnverhandlungen. Das laufende Lohnabkommen war zum 10. September gekündigt und eine Erhöhung der Löhne gefordert worden. Am Donnerstag voriger Woche fanden die Verhandlungen mit den Unternehmern statt. Diese erklärten, wegen der überaus schwierigen Geschäftslage zu keiner Lohnhöhung in Aussicht zu sein. Die Verhandlungen waren nur von kurzer Dauer und verliefen völlig ergebnislos. Die Metallformer hatten sich zu entschließen, ob es bei dem augenblicklich in vielen Betrieben herrschenden schlechten Geschäftszustand zweckmäßiger wäre, tariflos zu arbeiten und in einzelnen Betrieben Lohnforderungen zu stellen oder den Schlichtungsausschuß anzurufen. Nach kurzer Diskussion einigte man sich dahin, den letzteren Weg zu gehen und zu dem Ergebnis der Schlichtungsverhandlungen noch einmal Stellung zu nehmen.

Der Schiedsspruch für das Karosseriegewerbe.

In der Vertrauensmännerversammlung der Wagen- und Karosseriebranche am Montag berichtete Hentschel vom Metallarbeiterverband über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß. Da die Unternehmer jede Verhandlung über eine Lohnhöhung abgelehnt hatten, wurde der Schlichtungsausschuß angerufen. Es kam zu einem Schiedsspruch, der für Facharbeiter in Gruppe I einen Stundenlohn von 1,05 M. vorsieht. Die Akkordbasis ist eine Mark. Für die Jugendlichen ist ebenfalls eine Lohnhöhung vorgegeben, allein die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen blieben unberücksichtigt. Außerdem enthält der Schiedsspruch den Passus, daß es bei den bisherigen Akkordpreisen in allen den Fällen bleibt, in denen der durchschnittliche Akkordwert einer Gruppe 30 Proz. über dem im Schiedsspruch vorgegebenen Akkordbasis liegt.

Die Versammlung beschloß, den Schiedsspruch ohne weitere Diskussion abzulehnen und die endgültige Entscheidung einer Vollversammlung zu überlassen.

Keine Lohnhöhung im Ruhrbergbau?

Bochum, 15. September. (Ill.) Bei Gelegenheit der letzten Anwesenheit der Bergarbeiterverbände in Berlin hat der Reichsarbeitsminister, wie der Aite Bergarbeiterverband mitteilt, erklärt, daß es nicht in der Absicht des Reichsarbeitsministeriums liege, den letzten im Ruhrbergbau ergangenen Lohnschiedsspruch für verbindlich zu erklären. Aber auch dem Verlangen der Bergarbeiterverbände nach einem sofort einzuleitenden neuen Schiedsverfahren könne vorerst nicht entsprochen werden, weil ein solches bei den gegenwärtig im Ruhrgebiet bestehenden Verhältnissen ergebnislos bleiben würde, da im Augenblick an eine Lohnhöhung nicht zu denken sei. Vielmehr würden neue Verhandlungen in der ersten Hälfte des Oktober eingeleitet werden.

Ein Schiedsspruch für die Straßenbahner.

Dortmund, 15. September. (Eigener Drahtbericht.) Im Lohnstreit der Straßenbahner Rheinlands und Westfalens wurde am 14. September unter Vorsitz des Reichs- und Staatskommissars Weidlich folgender Schiedsspruch gefällt:

1. Der bisherige Lohn wird für die Zeit vom 1. August bis zum 14. September in Kraft gesetzt.
2. Der Spitzenlohn erhöht sich vom 15. September 1925 ab um 5 Pf.
3. Die Zulage für die Rastenschaffner und die ständigen Fahrzeuginsitzer wird vom gleichen Zeitpunkt an um 10 Pf. pro Arbeitstag erhöht.
4. Diese Lohnregelung kann erstmalig im einmonatlichen Frist zum 28. Februar 1926 gekündigt werden, später jeweils zum Monatschluß.
5. Der Manteltarifvertrag kann erstmalig zum 28. Februar 1926 gekündigt werden.
6. Erklärungsfrist bis einschließl. 22. September.

Das Arbeitszeitabkommen bei der Nordwestflischen.

Essen, 15. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Arbeitgeberverband und die Metallarbeiterorganisationen der nordwestflischen Gruppe haben auf die Kündigung des Arbeitszeitabkommens verzichtet.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Gr.-Berlin. Am Donnerstag, den 17. September, abends 7 Uhr, im Saal des Servantenhauses, Johannstraße 14-15, Versammlung sämtlicher im Gemeinde- und Staatsarbeiter Verband organisierten Betriebsräte der Reichs- und Staatsbetriebe und Betriebsleitungen. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um pünktliches und vollständiges Erscheinen gebeten. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne solches kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Sport.

Die Lehren der Rhön-Segelflüge.

Im vergangenen Jahre war infolge des schlechten Wetters von Erfolgen auf der Rhön nicht zu reden. Von Wetter, Wind und Regen hängt nun einmal der Segelflug fast einzig und allein ab. Wenn es dieses Jahr auch wohl etwas besser war, von Erfolgen kann bedauerlicherweise auch diesmal nicht berichtet werden.

Im Vorwettbewerb, wo unser Nachwuchs zeigen sollte, was er kann, war lebhaftes Tätigkeits. Das ist ein Verdienst der Segelfliegerschule auf der Wassertuppe, die Martens leitet, unterstützt von Stamer und natürlich von dem Eifer und dem Fleiß seiner Schüler. Der Hauptwettbewerb brachte die alte Erfahrung, daß alles wartet und sein oft unerwartetes Material bis auf die letzten Tage kommt. Die Bedeutung der dann erzielten Spitzen-

leistungen haben im Flugsport vielleicht noch weniger zu sagen, als neben der persönlichen Tüchtigkeit eben auch der rechte Wind zu rechter Zeit an rechter Stelle in rechter Stärke da sein muß. Auf der Rhön galt bisher mehr die Wissenschaft. Die Ausschreibungen selbst trugen auch dieser Forderung unbedingt Rechnung, als sich mehrere Preise und Wettbewerbsbestimmungen mit der Vereinfachung und Vertiefung des Segelflugzeuges und der Vereinfachung des Starts befaßten. Durch das Erscheinen der Ruffen-Segelflieger, bekannt durch ihre Erfolge auf der Arim, trat gegebenenfalls mehr das sportliche Moment in den Vordergrund. Man kann ihnen volle Anerkennung zollen. Bei der schon erwähnten Zurückhaltung der Deutschen waren die Ruffen oft die Helden des Tages. Die Maschinen waren durchweg formvollendet, übertrifft haben sie uns jedoch nicht. Natürlich spielen auch bei der Konstruktion die lokalen Anforderungen eine bedeutende Rolle, wobei Arim und Rhön bestimmt unterschiedlich zu beurteilen sind. Vielleicht läßt sich übers Jahr schon klarer sehen, wenn unsere deutschen Segelflieger der Einladung zu 1926 gefolgt sein werden. Weiter war klipp und klar festzustellen, daß der Nachwuchs im Segelflug als Vorbereitung für den Verkehrsflug vollkommen ist. Hier muß der Staat mit eingreifen. Die Rhön muß das „Freiluft-Laboratorium“ bleiben, den „Windkanal“ ergänzen, um untersuchen zu können, ob die Theorie mit der Praxis übereinstimmt.

Im dynamischen Segelflug, wo also die Windenergien vom Piloten in selbstgewollte Kräfte umgewandelt werden können, sind Fortschritte nicht zu verzeichnen, so daß die Zweifler, die den dynamischen Flug überhaupt für unmöglich halten, eines Besseren nicht belehrt werden konnten. Die Versuche mit Schiag- oder Rotierschlagflügelzeugen schlugen auch fehl. Vom Leichtmotor-Segelflugzeug wäre auch dieses Jahr eine Feilanzüge zu melden. Der deutsche Leichtmotor fehlt auch heute noch, was bedauerlich ist.

Um die Amateurreisereisen.

Am Sonntag wurden auf der Köfner Stadtbahn die Bahnmeisterschaften für Amateure über 1 und 25 Kilometer zum Austrag gebracht. Die Meisterschaft über 1 Kilometer gewann Ohmella gegen Rohbach, Buchenhagen und Frankenstein. In 38 Minuten 23,4 Sekunden gewann dann auch Ohmella die Meisterschaft über 25 Kilometer gegen Rauf, Ginfedel und Vermehol. Die das Programm weiter ausfüllenden Fliegerrennen sahen im Zweifler-Hauptfahren Ohmella-Schorn als Sieger vor Kremer-Steffes und Rohbach-Engel. Im Prämienfahren siegte Rauf gegen Engel, Kremer und Schamberg, während im Vorgabefahren Kremer den Sieg gegen Ohmella, Steingäß und Reumann errang.

Samson-Körner legt Protest ein.

Von dem Ermeister im Schwergewicht Paul Samson-Körner ist gegen das Urteil des Schiedsgerichts, das Hans Breitensträter als Puntsieger erklärte und somit als deutschen Schwergewichtsmeister anerkannte, bei dem Vorstand des Verbandes deutscher Faustkämpfer Protest eingeleitet worden. Der Protest besagt unter anderem folgendes: „Der entscheidende Niederschlag in der siebenten Runde des Kampfes war ein nach den sportlichen Regeln des Verbandes verbotener Genickschlag. Während der Niederschlag Samsons ging Breitensträter nicht, wie vor dem Kampfe vom Ringrichter, Herrn Doerrn, verlangt, in eine neutrale Lage, sondern blieb ohne Intervention des Ringrichters unmittelbar bei Samson stehen. Auch ohne Berücksichtigung der vorstehend aufgeführten Punkte war der Kampferlauf zum mindesten ausgefallen, da Samson in der 15. Runde durch die Wucht des eigenen verfehlten Schlags, nicht durch einen Schlag seines Gegners, durch die Seile flog.“ Eine bedeutende Rolle in der nachzuprüfenden Protestangelegenheit spielt der von dem Kampf ausgenommenen Film. Der Film wird bereits heute vorgeführt. Alles weitere bleibt abzuwarten.

Verantwortlich für Volltext: Ernst Reuter; Bildstoffe: Walter Colerony; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Glöckner; Familienfoto: R. B. Köhler; Soles und Souliers: Frig. Kahlhüt; Anzeigen: H. Glöckner; sämtlich in Berlin. Verleger: Bornharts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornharts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Allgem. Ortskrankenkasse Berlin-Lichtenberg.

Auf Grund des Wahlauschreibens für die Wahlen der Vorsitzenden und der Arbeitselemente zum Ausschuss vom 15. August 1925 ist sowohl seitens der Beteiligten als auch seitens der Arbeitgeber, nur je ein gültiger Wahlloos eingereicht worden. Der Wahlloos der Versicherten beginnt mit dem Namen „Goldsch“ und endet mit dem Namen „Hendel“. Der Wahlloos der Arbeitgeber beginnt mit dem Namen „Repp“ und endet mit dem Namen „Habermann“. Beide Wahlloosentsprüche entsprechen ihrem gesamten Inhalt nach den Vorschriften der Wahlordnung und liegen in der Zeit vom 15. September bis 20. September 1925 im Referat, Magdalenenstraße 161, Referat (8 bis 1 Uhr) zur Einsicht aus. Da seitens beider Gruppen der Wahlloos nicht rechtzeitig eine Stimmabgabe nicht statt, sondern es gelten die dortin bezeichneten Bewerber als gewählte Vertreter der Versicherten bzw. der Arbeitgeber zum Ausschuss (8 9 der Wahlordnung). Die Amtsperiode der gewählten Vertreter beginnt am 1. Januar 1926 und endet am 31. Dezember 1929.

Berlin-Lichtenberg, den 15. Sept. 1925.

Der Vorstand.

O. Seifert, Vorsitzend. G. Habbe, Schriftf.

Sozial- u. Krankenkassen.

Ischias

Ischias

Ischias

Ischias

Ischias

Ischias

Ischias

Ischias

Siegfried Fietows
„FLORA“
 Schöneberg, Hauptstraße 144
 Täglich 8 Uhr:
— 11 erstklassige —
Varieté-Attraktionen
 Vollständigliche Preise
 Sonntags 4 Uhr: Kleine Preise.
 Alle 15 Tage neues Programm

A. Behelm-Schwarzbachs
Kaufmännische Privatschule
 (Inh. F. Eggert)
 Neukölln, Anmeldung, Ganghoferstr. 1
 und Berliner Str. 82 (Privatwohnung)
 Beginn neuer 1/2-Jahres- und 1/4-Jahres-
 Lehrgänge. — Fernspr.: Neukölln 1163.

Küchen
 Rieser-Auswahl, enorm preiswert!
 mit emailiert
 keramische-Elektro Herd ... 85 K. 130 K.
 keramische-Elektro Herd ... 95 K. 150 K.
 keramische-Elektro Herd ... 150 K. 215 K.
 Kleiderkasten, 10 Stk. ... 35 K. 55 K.
Küchenschmelz-Fabrik
Laserstein, Luckauer Straße 1
 Ecke Oranienstr., nahe Moritzplatz

Herrenstiefel
 echt Leder
6⁹⁰



Herren-Halbchuhe und -Süßel in den neuesten Formen u. Zusammenstellungen, von den allereinsten bis zu d. solid. Strüßelchuhen
8⁹⁰
Herren-Lack-Halbchuhe mod. Formen, mit und ohne gras Nabeinsatz
16⁹⁰
Kamelhaarschuhe, Hausschuhe, Wanderschuhe, Sandalen billig!
Pantoffel für Herren 75, für Damen 65 P.

Preis-Abbau im

Zur Unterstützung der Preisankungsaktion der Regierung haben wir uns entschlossen, große Posten Schuhwaren im Preise bedeutend herabzusetzen. Wir bringen außerdem eine Reihe besonders günstiger Angebote, die wir infolge der jetzigen Geldknappheit besonders billig einkaufen konnten.

Kamelhaarstoffschuhe Kragen- oder Laschenstiefe für Damen, mit dicker Pils- und Leder-
2⁷⁵
Kinderstiefel, Kamelhaarschuhe, Pantoffel etc. etc. in großer Auswahl billig.

Echt R'Chevreau
 moderne 1 oder 2 Knopf-
 spange 33-41
5⁹⁰

Damen-Schnürstiefel echt Chevreau, R'Chevreau und Cromleder ... **5⁹⁰**
Mod. Spangenschuhe braun u. schwarz, sehr fest u. gute Qualität: **7⁹⁰**
Lack-Spangenschuhe moderner Schnitt, echt Louis XV oder halbhohler Absatz ... **9⁹⁰**
3000 Paar Affenhautschuhe Wlederimit. Schmir, Spange und Pumps grau, braun und schwarz, gute Karieder-sohlen 33-38 jetzt durchweg ... **3⁹⁰**

Schuh-Sokal
 Münzstr. 25 // Kottbuser-Damm 13 // Frankfurter-Allee 54